

## Rüstungsexport - Teil eines gigantischen weltweiten Geschäfts mit Rüstung und Krieg

von: Walter Listl, 15.01.2012

Weltweit 1,6 Billionen im Jahr für Rüstung! Rund 1,6 Billionen Dollar haben die Staaten der Welt im Jahr 2009 zusammen für ihr Militär ausgegeben, hat das Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) berechnet. Im Vergleich zu vor zehn Jahren sind die Militärausgaben damit um fast 50 Prozent gestiegen. Nahezu drei Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung sind direkt auf Investitionen ins Militär zurückzuführen.

SIPRI diagnostiziert für den Zeitraum zwischen 2006 und 2010 einen weiteren Anstieg des weltweiten Rüstungshandels. War zwischen 2005 und 2009 das Volumen des Weltrüstungshandels gegenüber dem vorangegangenen Jahrfünft (2000 - 2004) um 22 Prozent gewachsen, so lag der Anstieg zwischen 2006 und 2010 um 24 Prozent höher als zwischen 2001 und 2005. Deutsche Exporte dagegen in diesem Zeitraum: +100%!

Im Dezember 2011 legte die Bundesregierung ihren jährlichen Bericht über den Export von Rüstungsgütern vor. Im Jahr 2010 sind Kriegswaffen im Wert von 2,119 Mrd. € exportiert worden. Im Jahr 2009 hatten diese Transfers einen Wert von 1,34 Mrd. € erreicht. Ein Plus von 72 Prozent - ein historischer Höchstwert! Seit 2005 hält Deutschland laut SIPRI den (west-)europäischen Spitzenplatz beim Rüstungsexport. Es führte in den letzten fünf Jahren beinahe so viele Rüstungsgüter aus wie Frankreich und Großbritannien zusammen. Nach Erhebungen des Friedensforschungsinstitutes SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) stieg der deutsche Weltmarktanteil auf 11 Prozent für den Zeitraum zwischen 2005 und 2009. 2004 hatte der deutsche Weltmarktanteil noch bei 6 Prozent gelegen.

Allein die Werte für die Genehmigungen für deutsche Ausfuhren von kleinen Waffen und Munition haben sich seit 1996 vervierfacht. Diese Meldungen waren wieder recht schnell aus den Schlagzeilen verschwunden, die Empörung darüber hielt sich in Grenzen. Verglichen mit dem Aufmerksamkeitswert der „Wulf-Affaire“ war das Thema Rüstungsexport aus Deutschland eher ein Nebenkriegsschauplatz. Zwar sagt sogar die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE), Waffenexport ist Beihilfe zum Massenmord - dennoch bleibt diese Beihilfe zum Massenmord weniger interessant als z.B. der politische Selbstmord eines Bundespräsidenten.

Warum? Zwei Argumente spielen dabei eine Rolle: Rüstung sichert Arbeitsplätze und: Wenn Deutschland die Waffen nicht liefert, dann liefern sie andere Länder. Das ist so, als würde der überführte Bankräuber dem Richter erklären, dass wenn er nicht den Bankschalterbeamten erschossen hätte, dies bestimmt ein anderer gemacht hätte Und außerdem würde er daran erinnern, dass sein Banküberfall immerhin die Arbeitsplätze in den Justizvollzugsanstalten sichern würden. Je krimineller die

---

Exportgeschäfte deutscher Waffenschmieden, desto dummdreister die Ausreden dafür. Vor allem der Handel mit extrem teuren Kampfflugzeugen hat deutlich zugenommen. „Staaten mit entsprechenden Ressourcen haben erhebliche Mengen geordert. Die Reaktion von Rivalen aus der jeweiligen Region bestand dann darin, ebenfalls zu bestellen“, sagte Paul Holtom, SIPRIS Forschungschef zum Waffenhandel.

Beispiele: Pakistan/Indien oder Türkei/Griechenland Das meiste Geld verdient die deutsche Rüstungsindustrie mit U-Booten, Kriegsschiffen und Panzern. Hauptabnehmer sind die Türkei, Griechenland und Südafrika. Bei Panzern ist der Hauptabnehmer Saudi Arabien. Einige Hauptproduzenten (aus: „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung Jahresbericht zu Waffenexporte“):

- Rheinmetall: Umsatz 2 Mrd. EUR, gepanzerte Fahrzeuge, Luftabwehrsysteme, Munition
- KM-Wegmann: Rüstungsumsatz 900 Mill., v.a. Kampfpanzer Leopard
- Heckler und Koch: Umsatz 250 Mill. Pistolen, Maschinenpistolen, Gewehre, Panzerabwehrwaffen
- Thyssen: Umsatz 700 Mill. U-Boote, Kriegsschiffe
- Diehl: Umsatz 700 Mill. Lenkflugwaffen, Munition und Bordkanonen, Aufklärungssysteme
- EADS: Die European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) ist Europas größter Luft- und Raumfahrt-, sowie zweitgrößter Rüstungskonzern. Mit einem Umsatz von 45,75 Milliarden Euro (Stand: 2010) ist EADS nach Boeing auch das zweitgrößte Luft- und Raumfahrtunternehmen der Welt. Zu EADS gehören: Systeme für Luft-, Land und Seewaffen ein wichtiger Partner im Eurofighter -Konsortium

Die aktuell am häufigsten benutzte Kriegswaffe ist gewiss die Kalaschnikow. Doch es gibt zahlreiche Belege dafür, dass das G3 und sein Ableger HK33 in vielen Konflikten die zweithäufigsten Mordinstrumente sind. Seit der Entwicklung des G3-Gewehrs in den 50er Jahren sollen weltweit über zehn Millionen Stück produziert worden sein. Die Anzahl der damit Ermordeten dürfte ein Vielfaches betragen. Statistisch gesehen wird alle 14 Minuten ein Mensch von einer Kugel aus dem Lauf einer Waffe von Heckler & Koch getötet.

„Einer UN-Studie zufolge sind 63 Prozent aller Kriegstoten seit 1961 durch Handfeuerwaffen ums Leben gekommen“, wird in der Gemeinsamen Konferenz festgestellt. So viel auch zur Grünen-Vorsitzenden Claudia Roth, die gegenüber dem ZDF erklärt hatte, dass zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung „nur Handfeuerwaffen“ nach Saudi-Arabien exportiert worden seien.

### **Kleinwaffen machen auch Mist.**

Auch wer Kleinwaffen liefert, liefert Material, um die Menschenrechte zu verletzen oder um zu töten. tigste Abnehmer deutscher Rüstungsgüter waren Griechenland (15 Prozent), Südafrika (11 Prozent) und die Türkei (10 Prozent).

„Auch im Jahr 2010, als das Ausmaß der griechischen Staatsverschuldung bereits bekannt war, hat der Exportweltmeister Deutschland an der weiteren Verschuldung Griechenlands verdient“, so Prälat Dr. Bernhard Felmberg, der evangelische

---

Vorsitzende der GKKE. (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung Jahresbericht zu Waffenexporte). Das vom Staatsbankrott bedrohte Griechenland gehörte in den vergangenen fünf Jahren zu den fünf größten Rüstungskäufern der Welt. Von 1990 bis 2008 kaufte Griechenland Kriegsmaterial im Wert von 75 Mrd.\$ (K.Wecker in JW 6.5.10) Griechenland ist für deutsche Rüstungskonzerne der zweitwichtigste Auslandskunde und hat mehr Leopardpanzer in seinen Kasernen als die Bundeswehr. Welt-online am 2.5.2010: „Deutsche Großunternehmen Thyssen-Krupp und Krauss-Maffei-Wegmann fordern von der Bundesregierung, dass mit den deutschen Anteilen an den Krediten für Griechenland zunächst die Forderungen der hiesigen Wirtschaft an die Regierung in Athen beglichen werden. Thyssen-Krupp wartet auf 320 Mill. EUR für die Lieferung von U-Booten. Beim Rüstungskonzern KM-Wegmann sind 180 Mill. offen.“ Griechenland gibt über 3% seines BIP für Rüstung aus, doppelt so viel wie der Durchschnitt der EU-Staaten (in Deutschland sind es 1,5%).

Bisher hat Griechenland 60 F16-Kampfflugzeuge für geschätzte vier bis fünf Mrd. EUR gekauft (M.Schlecht Info März 2010) Noch im vergangenen Jahr schlossen Thyssen-Krupp und Athen einen Vorvertrag über zwei neue U-Boote. Vier solcher Boote sind bereits geliefert. Kostenpunkt insgesamt 2,3 Milliarden Euro. (AZ 12.7.11) Schon 2003 kaufte Griechenland 170 Leopard-Panzer für 1,7 Milliarden Euro. (SZ 6.7.11 ) Sowohl Panzer als auch U-Boote als auch die Kredite für ihre Bezahlung lieferte Deutschland, dessen Politiker ansonsten immer behaupten, Griechenland lebe über seine Verhältnisse. Das stimmt. - Aber in Bezug auf die Waffenimporte des Landes.

1640 Leopardpanzer ! - Selbst Fachleute der NATO erklären: Das ist völlig unsinnig für unwegsames griechisches Gelände. Weniger unsinnig aber für den ehemaligen korrupten griechischen Verteidigungsminister, der für die Panzeraufträge einige Millionen Bestechungsgelder kassierte. (SZ 21.12.11)

### **Bundesregierung fördert den Waffenhandel**

In Reaktion auf die nachlassende externe wie interne Nachfrage ändern deutsche Rüstungshersteller ihre Unternehmensstrategie und die Bundesregierung macht sich zur Drückerkolonne der Waffenhändler.

Beschäftigte in der deutschen Rüstungsindustrie: 1990: ca. 400.000 | 2010: ca. 80.000 (SZ 7.7.11)

Sie drängen die Bundesregierung, die Rüstungsexporte zu erleichtern und ihre Geschäfte politisch wie finanziell zu unterstützen. Handelsblatt: Die Koalition will der deutschen Rüstungsindustrie bessere Exportbedingungen verschaffen. Sie wendete sich im November gegen EU Bestrebungen für verschärfte Ausfuhrkontrollen für Dual-UseGüter, die zivil wie auch militärisch einsetzbar sind.

Zuvor hat der Bundessicherheitsrat den geplanten Export von 200 Kampfpanzern an Saudi Arabien gebilligt. Dagegen protestieren seit Juli 2011 Nichtregierungsorganisationen und Opposition, weil saudische Soldaten im Frühjahr mithalfen, den Aufstand in Bahrain niederzuschlagen. Diese speziell für den Kampf in Städten und Ortschaften entwickelten Panzer mit Räumschilden eignen sich sowohl

---

für den Einsatz im Inneren gegen Aufständische im repressiven Saudi-Arabien als auch in undemokratischen Nachbarländern. Saudi-Arabien hat seine Truppen zur Niederschlagung der Demonstrationen im benachbarten Bahrein noch immer nicht abgezogen

Weitere Tendenz, um dem Ärger mit Ausfuhrgenehmigungen zu entgehen: Zunehmend werden Rüstungsgüter gleich in den Abnehmerländer produziert. So werden nach SIPRI-Recherchen derzeit Kriegsschiffe mit deutschem Design unter anderem gebaut in Argentinien (Küstenwachboote), Chile (Küstenwachboote), Griechenland (U-Boote), Kolumbien (Küstenwachboote), Lettland (Patrouillenboote), Malaysia (Fregatten), Polen (Fregatten), Südkorea (U-Boote) und in der Türkei (Versorgungsschiffe und U-Boote). Die Firma Heckler & Koch hat an Saudi-Arabien eine Lizenz zur Produktion des Sturmgewehrs G36 vergeben. Eine Produktionsanlage ist inzwischen errichtet. Medien berichten von der angelaufenen internationalen Vermarktung der hergestellten Waffen. Nach: Bundestagsdrucksache 17/5942 vom 25.05.2011: Antrag der Abgeordneten Janvan Aken u. a. (Fraktion Die Linke) „Exporte von Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter Geplant ist, ab 2012 alle Waffenexporte innerhalb Europas nicht mehr als Exporte, sondern als „Verbringung“ zu deklarieren, die somit aus der Waffenexportstatistik herausfallen würden.

### **Politik besorgt die Geschäfte der Waffenexporteure**

Anlässlich ihrer Afrika-Reise im Juli 2011 besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel auch Angola und tat die Bereitschaft der Bundesregierung kund, dem Land „bei der Ertüchtigung seiner Marine zu helfen“. In Begleitung der Bundeskanzlerin befand sich auch der Eigner der bremischen Werft, zu deren Angebotspalette Patrouillenboote und Korvetten gehören.

### **Deutsche Kriegsschiffe nach Angola**

Deutschland hat in den zurückliegenden Jahren an der Modernisierung der Streitkräfte von Angola mitgewirkt. Seit dem Jahr 2006 ist ein Anstieg der genehmigten deutschen Rüstungsexporte in das Land zu beobachten.

<b>Jahr</b>	<b>Genehmigungswert</b>
2006	1,5 Mio. €
2009	11 Mio. €

Angola, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen seiner Bevölkerung, zählt weiterhin zu den ärmsten Entwicklungsländern. Die Kindersterblichkeit ist hoch. Hinzu kommen Verwüstungen infolge des über zwanzigjährigen Bürgerkrieges, die bis heute nicht überwunden sind.

### **Warum Angola?**

Angola hat Nigeria als größten Ölförderer in Afrika südlich der Sahara abgelöst. Das Bruttosozialprodukt wächst jährlich zwischen vier und sechs Prozent. Die strategische Bedeutung von Angola in der Region und sein Reichtum an wichtigen Rohstoffen haben vermutlich die Entscheidung der Bundeskanzlerin beeinflusst, das Land zu

---

besuchen. Andere Sektoren des Rüstungsexports sind weniger im Blickpunkt der Öffentlichkeit:

- Maschinenpistolen an Mexiko
- gepanzerte Fahrzeuge nach Brasilien - Munition für über 400 Millionen Euro an Brunei - Pistolen an Saudi Arabien für 10 Millionen - Fuchs-Panzer und Fregatten für Algerien
- Panzerfäuste für Kuwait für 11 Millionen (alle Angaben Matthias Maus, AZ) - U-Boote an Israel, die mit atomaren Marschflugkörpern ausgerüstet werden können und mit deutschen Steuergeldern großzügig mitfinanziert wurden.

Zeit online, 30.11.11:

Die Bundesregierung hat der Lieferung eines sechsten U-Boots an Israel zugestimmt. Das berichtet die Deutsche Presse-Agentur unter Berufung auf Regierungskreise. Das Rüstungsgeschäft geht demnach auf eine Übereinkunft der Regierungen beider Staaten aus dem Jahr 2005 zurück, die noch in die Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) fiel. Die Bundesregierung subventioniert den Verkauf des U-Boots der Dolphin-Klasse mit maximal 135 Millionen Euro. Das heißt, dass ein Drittel des Preises vom deutschen Steuerzahler gezahlt wird. Die Mittel sind bereits in den Bundeshaushalt 2012 eingestellt. Bei den U-Booten geht es um Boote, die auch mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden können. Israels Marine verfügt bereits über drei solcher Boote.

In den Leitlinien der Bundesregierung für den Rüstungsexport heißt es dagegen: Exporte sind unzulässig, falls der Verdacht besteht, dass Waffen zur Unterdrückung im Inneren oder zu fortdauernden systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Und: Es darf nicht in Spannungsgebiete geliefert werden. Aber schon rot/grün hat die Genehmigung für 300 Leopardpanzer in die Türkei genehmigt. Ebenso wie 120 Eurofighter nach Indien oder die U-Boote für Israel. Alle diese Länder befinden sich entweder in potentieller Konfrontation mit Nachbarstaaten wie Griechenland und Pakistan bzw. führen Krieg gegen Menschen im Land wie in der Türkei oder in Israel.

Geschäfte von deutschen Banken mit der Finanzierung geächteter Waffen (alles aus „Urgewald“ Pax Christi) Die im August 2010 in Kraft getretene Konvention gegen Streumunition verbietet den Einsatz, die Entwicklung, Produktion, Anschaffung, Lagerung, Zurückhaltung und Verbringung von Streumunition. Darüber hinaus ist es den Vertragsstaaten untersagt, „[...] jemals irgendjemanden zu unterstützen, zu ermutigen oder zu veranlassen, Tätigkeiten vorzunehmen, die einem Vertragsstaat aufgrund dieses Übereinkommens verboten sind“.

Deutsche Banken und Finanzinstitutionen machen aber Geschäfte mit Herstellern von Streumunition in Form von Investitionen, Krediten und Anleihen. Diese Geschäfte werden auf ein Volumen von 1,3 Milliarden Euro für die vergangenen zwei Jahre beziffert. „Spitzenreiter“ sind die Deutsche Bank sowie die UniCredit Group/HypoVereinsbank. Nach einer Aufstellung von „Robin Wood“ und Pax Christi ist die Deutsche Bank über Kredite, Anleihen, und Beteiligungen an mindestens 13 Konzernen beteiligt, die Atomwaffen, Streumunition oder Uranmunition herstellen

---

oder an deren Herstellung beteiligt sind.

Auch Institute aus dem öffentlichen Bankensektor haben in Hersteller von Streumunition investiert. Dem Bericht zufolge waren mindestens 21 Anbieter von sogenannten „Riesterfonds“ mit Investitionen in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro an Herstellerfirmen der völkerrechtswidrigen Waffen beteiligt. Über die staatlich geförderten Riesterfonds fließen also Steuergelder in die Produktion von Streubomben. Auf Druck von Friedensinitiativen erklärte die Deutsche Bank im November 2011, in Zukunft auf Geschäftsverbindungen zu Unternehmen verzichten zu wollen, die unter anderem Streubomben herstellen. (Nach „Urgewald“, Pax Christi) Aus Robin Wood: Deutsche Bank Waffenfinanzierer Nr.1 <https://www.robinwood.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Magazin/2010-3/106-14-15-ti-db.pdf>

### **Fazit:**

Für die weltweite Vermarktung deutscher Waffensysteme sorgt die Bundesregierung und die Banken sind an der Finanzierung beteiligt. Zwar ist das Exportvolumen mit etwas mehr als 2 Mrd. EUR vergleichsweise gering, dafür ist dieser Exportanteil aber der tödlichste. Ob Mubarak, Ben Ali, Israel oder Saudi Arabien - alle diese reaktionären Regimes, die Krieg mit Nachbarstaaten oder gegen die eigene Bevölkerung führen, werden mit deutschen Waffen beliefert.

### **Zu einzelnen Firmen**

*Dynamit Nobel AG, (nach AG Friedensforschung) Hersteller von Landminensystemen.* Seit Bestehen der Bundeswehr hat Dynamit Nobel geschätzte 3,2 Millionen Landminen geliefert. Noch 1992 warb das Unternehmen mit dem Spruch „Dynamit Nobel - Bei Minen die erste Adresse“ in einer Fachzeitschrift.

Die Aufhebesperre der von der Firma Dynamit Nobel produzierten AT-2 Mine ist in ihrer Funktionalität durchaus mit einer Antipersonenmine zu vergleichen. Dem Bundeswehr Munitionsmerkblatt der AT-2 Mine ist zu entnehmen, dass die AT-2 Aufhebesperre (S1 Sensor) jede Lageveränderung der Mine registriert, und dass die Mine auslöst, wenn versucht wird, diese aufzunehmen oder versucht wird, die Mine zu räumen. Eine derart funktionierende Mine ist durch den Ottawa-Vertrag verboten, denn sie ermöglicht eine (unbeabsichtigte) Auslösung durch eine Person.

Die Opfer der Landminen sind zumeist Zivilisten, wobei jedes vierte Minenopfer ein Kind ist. Schätzungsweise sind auch vier Jahre nach Inkrafttreten der Ottawa-Konvention immer noch 80 bis 100 Millionen Landminen (Antifahrzeugminen und Antipersonenminen) in über 90 Ländern der Welt vergraben. Nach Informationen des Verteidigungsministeriums verfügt die Bundeswehr über mehr als 900 000 Antifahrzeugminen mit Aufhebesperren. Früheren Angaben des Verteidigungsministeriums zufolge war sogar von knapp 1,5 Millionen solcher Antifahrzeugminen auszugehen.

Nach wie vor befinden sich in den Beständen der Bundeswehr umstrittene Anti-Panzerminen aus der Produktion von Dynamit Nobel, welche im Verdacht stehen, auch gegen Personen eingesetzt werden zu können. Dies wäre nach der Ottawa-Konvention

---

verboten. 2003 belief sich ihre Zahl auf 1,2 Mio. Stück.

*Heckler & Koch, Deutschlands tödlichstes Unternehmen* Gewehr G3 und das Nachfolgemodell oder die Maschinenpistole MP5 sind bei Waffennarren, Soldaten und Polizisten beliebt und sorgen für rund 150 Millionen Euro Jahresumsatz. Trotz aller Ausfuhrverbote landen H&K-Gewehre immer wieder in den falschen Händen, etwa bei marodierenden Milizen in der sudanesischen Bürgerkriegsprovinz Darfur. (Aus WiWo 22.6.09) Aus HB, 11.1.12: 16.000 Maschinenpistolen hat die Rüstungsfirma Heckler & Koch nach Indien verkauft ausschließlich für Sicherheitskräfte, wie ein Zertifikat belegt. Doch der Verdacht steht im Raum, dass das Papier gefälscht ist.

*Firma Diehl:* Diehl, Nürnberg, Streumunition, nach eigenen Angaben einer der erfolgreichsten deutschen Waffenproduzenten, 1/3 des Umsatzes aus Waffenproduktion Aus taz 2.3.09, A. Zumach: Schon seit Jahrzehnten verdient Diehl viel Geld mit dem Verkauf von Streubomben und Streumunition - neben Antipersonenminen die heimtückischsten und vor allem für Zivilisten gefährlichsten Mord- und Verstümmelungsinstrumente, die die Rüstungstechnologie hervorgebracht hat. Derzeit stellt Diehl in Kooperation mit dem Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall die Streumunition „Smart 155“ her. Sie kann mit Artilleriegranaten verschossen werden, etwa mit der vom Essener Rüstungsunternehmen Krupp produzierten Panzerhaubitze 2000. In einem Kommentar anlässlich der Verleihung des Bayerischen Verdienstordens an Werner Diehl hatte Aigner am 25. Juli 2008 im Onlinemagazin regensburg-digital.de geschrieben: „Heute ist das Unternehmen Diehl einer der erfolgreichsten deutschen Waffenproduzenten. Nach eigenen Angaben stammt rund ein Drittel des Umsatzes von 2,3 Milliarden Euro aus der Rüstungsproduktion. Unter anderem produziert man Streumunition.“

Diesen letzten Satz musste Aigner, der Herausgeber von regensburg-digital.de ist, bereits wenige Tage später aus seinem Kommentar entfernen. Die Firma Diehl hatte eine einstweilige Verfügung mit einem Streitwert von 50.000 Euro gegen Aigner erwirkt und ihn zur Zahlung ihrer Anwaltskosten aufgefordert. Das Rüstungsunternehmen beruft sich in seiner Klage auf das Oslo-Abkommen zum Verbot von Streubomben und -munition, das im Dezember 2008 von fast hundert Staaten unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag enthält Ausnahmen für solche Typen von Streumunition, die angeblich keine Gefahr für Zivilisten darstellen, weil sie die folgenden technischen Spezifikationen erfüllen:

Jede Munition enthält weniger als zehn eigenständig explodierende Submunitionen, die jede mindestens vier Kilo wiegen; jede explosive Submunition enthält Mechanismen zur selbstständigen Zielerkennung sowie zur Selbstzerstörung und Selbstdeaktivierung für den Fall, dass sie ihr anvisiertes Ziel verfehlt oder liegen bleibt, ohne zu explodieren. Diese Einschränkungen treffen exakt auf Diehls Streumunition „Smart 155“ zu - zumindest laut der Produktbeschreibung des Unternehmens. Kein Wunder, war es doch die Bundesregierung, die diese und weitere Ausnahmen auf Wunsch von Diehl und Rheinmetall bei den Verhandlungen zum Oslo-Vertrag durchgesetzt hat, u. a. mit der Drohung, andernfalls aus den Verhandlungen auszusteigen.

**Honoré de Balzac: Hinter jedem großen Vermögen steht ein Verbrechen**

---

Für die Produzenten des Todes wie Krauss Maffei-Wegman, EADS, Heckler&Koch und andere Rüstungskonzerne lohnen sich die Geschäfte. Sie bewaffnen CIA-gesteuerte „Befreiungsbewegungen“ ebenso wie despotische Herrscherfamilien und reaktionäre Regimes überall dort, wo strategische Interessen der westlichen Staaten in Gefahr geraten könnten. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz treffen sich die Verantwortlichen für diese Form der Beihilfe zu Massenmord: Vertreter der Rüstungsfirmen, Kriegsstrategen und Militärs.